

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Die Steuerlasten sollen künftig stärker vermindert werden

Der Landtag hat sich mit zwei FBP-Vorstössen zur Änderung des Steuergesetzes zu befassen – Motion und formulierte Gesetzesinitiative

Bis die seit ungefähr zehn Jahren sich in Behandlung befindliche Steuerreform tatsächlich Gesetzeskraft erhält, dürften die zwischenzeitlichen Änderungen zur Ausschaltung von verschiedenen Verzerrungen in der Steuerbelastung eine stattliche Zahl erreichen. Dem Landtag, der am Mittwoch seine erste Geschäftsitzung der diesjährigen Sessionsperiode abhält, liegen zwei FBP-Vorstösse zur Abänderung des geltenden Steuergesetzes vor, nachdem aufgrund eines FBP-Vorstosses vor nicht allzu langer Zeit bereits die Auswirkungen der sogenannten «kalten Progression» ausgeschaltet wurden.

Während die im Dezember 1986 eingereichte FBP-Motion eine Steuerbefreiung bis zu einem gewissen Grad für die Gewinne aus den Partizipationsschein-Erlösen anvisiert, enthält die am 8. April 1987 unterbreitete Gesetzesinitiative konkrete und als Gesetzesbestimmungen formulierte Anträge für vermehrte Abzugsmöglichkeiten. Im Mittelpunkt dieses Antrages stehen Überlegungen, wie die Familien in steuerlicher Hinsicht besser gestellt werden könnten. Gleichzeitig sollen aber auch Überlegungen über eine verbesserte Steuergerechtigkeit die notwendige Wirksamkeit erlangen, bevor das angekündigte Reformwerk, das ebenfalls die Gerechtigkeit der Steuerbelastung für alle Steuerberechtigten als zentralen Ansatzpunkt enthält, in Kraft tritt, ohne jedoch dieses Reformvorhaben in seinen Grundzügen zu tangieren.

Ungleichmässige Belastung von Vermögen und Erwerb

Die im heutigen Steuergesetz aus dem

Jahre 1960 enthaltene ungleichmässige Belastung von Einkünften aus Vermögen und Erwerbseinkommen hält, wie die FBP-Fraktion als Begründung für ihren Vorstoss anführt, einer sachlichen Beurteilung nicht stand und verhindert die Ausrichtung der Lastenverteilung nach den Grundsätzen der Gleichmässigkeit und Verhältnismässigkeit. Mit den periodisch durchgeführten Teilrevisionen des Steuergesetzes, das auf dem System der allgemeinen Vermögenssteuer mit ergänzender Erwerbsteuer aufbaut, kann nach Auffassung der FBP-Fraktion den Anforderungen an ein Steuergesetz angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den letzten Jahren nur annähernd Rechnung getragen werden.

Familienfreundlichkeit im Mittelpunkt

Im weiteren wird der Vorstoss damit begründet, dass das geltende Gesetz vor allem auch an mangelnder Familienfreundlichkeit und an unzureichender Berücksichtigung von Abzugsmöglichkeiten, die sich auf die Leistungskraft der Steuerpflichtigen belastend auswirke, leidet. Mit ihrer Gesetzesinitiative setzt sich die FBP-Fraktion zum Ziel, bis zur Realisierung der Gesamtreform eine Regelung zu schaffen, welche die Familien steuerlich begünstigt und zu einer gleichmässigen Steuerbelastung von Ehepartnern bei gleichen wirtschaftlichen Voraussetzungen führt. Aus diesem Grunde wird für die Hausfrau eine progressionsfreie Besteuerung – analog einer erwerbstätigen Ehefrau – bis zu einem Betrag von 15 000 Fr. vorgeschlagen, wobei dieser Abzug bereits für das jetzt zur Veranlagung ge-

langende Steuerjahr vorgenommen werden soll. Weiters enthält die Steuerinitiative differenziertere Abzugsmöglichkeiten für Steuerpflichtige mit eigenem Haushalt mit oder ohne Kinder, vermehrte Abzugsmöglichkeiten für die Beiträge an Versicherungen und Pensionskassen sowie an die Ausbildungskosten für die Kinder.

Schliesslich sollen künftig die Krankheits- und vor allem die Zahnarztkosten bis zu einem Betrag von 4000.– Fr. pro Person (jetzt: 300 Fr.) in Abzug gebracht werden können.

PS-Gewinne steuerfrei machen

Der gegen Ende des letzten Jahres eingereichte Vorstoss zur Abänderung des Steuergesetzes sieht vor, dass die aus der Veräusserung der breit gestreuten Partizipationsscheine der Liechtensteinischen Landesbank erzielten Gewinne (und damit wohl auch ähnliche Gewinne aus anderen Beteiligungen) bis zum Betrag von 3000 Fr. steuerfrei bleiben. Der Antrag wird mit der Chance zur Vermögensbildung für eine breite Bevölkerungsschicht begründet, wobei der Staat nicht sofort wieder einen Teil der erzielten Gewinne für sich einbehalten solle. Im weiteren wird in der Begründung darauf hingewiesen, dass sich diese Regelung zur Vermeidung von Benachteiligungen rechtfertige.

da möglicherweise nicht alle Steuerpflichtigen ihre diesbezügliche Einkommenssituation genau deklariere.

Frage nach den Kosten wichtig?

Im Landtag werden diese beiden FBP-Vorstösse nicht nur in Behandlung gezogen, sondern zweifellos auch – möglicherweise kontrovers – diskutiert. Die Frage nach den Kosten beziehungsweise nach den Steuerausfällen für den Staat (und damit auch für die Gemeinden) dürfte mit ziemlicher Sicherheit gestellt werden. Doch hier zeigt ein Blick auf die Zusammensetzung der Staatseinnahmen im Abgabebereich, dass die Einnahmen aus der Vermögens- und Erwerbsteuer nicht einmal zehn Prozent der gesamten Steuer- und Abgabenerträge ausmachen. Zudem hat gerade die vor kurzem veröffentlichte Landesrechnung 1986 darüber Auskunft gegeben, dass dem Staat im letzten Jahr allein aus den Steuern und Abgaben Mehrerträge, die nicht budgetiert waren, in Höhe von 33.7 Millionen Franken zu flossen. Setzt man die budgetierten Einnahmen aus der Vermögens- und Erwerbsteuer in Höhe von 15.3 Millionen Franken in Relation zu den zusätzlichen Steuer- und Abgabeneinnahmen von 33.7 Millionen Franken, so dürfte der Ausdruck «verkräftbar» wohl angemessen erscheinen. (G. M.)

KOMMENTAR

Der Stromverbrauch in unserem Land hat im letzten Jahr, wie aus dem technischen Jahresbericht der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) hervorgeht, wiederum eine kräftige Zunahme gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Aufrufe zum Masshalten oder gar zur Reduktion des Stromverbrauchs sind offenbar bei den Konsumenten auf wenig Gehör gestossen. Doch dürfte der gestiegene Ver-

Ständige Steigerung

brauch an elektrischer Energie nicht nur auf den ständig steigenden Bedarf oder gar Verschwendung in den privaten Haushalten zurückzuführen sein, sondern gleichzeitig auch Ausdruck der guten Konjunktur in praktisch allen Wirtschaftsbranchen darstellen. Wirtschaftswachstum bleibt an wachsenden Energieverbrauch gebunden.

Aus dieser Erkenntnis dürfte man wohl kaum fehl in der Annahme gehen, dass die Gesamtenergiebilanz in unserem Land ebenfalls eine erhebliche Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr aufweist. Die Zuwachsrate bei den flüssigen Brennstoffen könnte eventuell noch höher ausfallen als beim elektrischen Strom, da diese Energieträger aufgrund währungspolitischer Besonderheiten und dem Überangebot auf dem Weltmarkt weitaus günstiger zu haben sind als noch vor einigen Jahren. Billige Energie aber verleitet dazu, mehr davon zu verbrauchen.

Mit jeder Zunahme des Energieverbrauchs steigt aber unsere Abhängigkeit. Ausser einem immer geringer werdenden Anteil an eigener Stromproduktion müssen sämtliche Energien importiert werden. Diese Abhängigkeit ist verschiedentlich in drastischen Ausmassen vor Augen geführt worden. Doch ausser der Sparsamkeit im Umgang mit der Energie wird wohl nicht viel an Massnahmen übrig bleiben, um die Abhängigkeit zu verringern. Vorerst aber ist, wie die Statistik über den Stromverbrauch zeigt, die Entwicklung noch gegenläufig. (G. M.)

Technisches Museum in Liechtenstein

Regierung bestellte Arbeitsgruppe – Schrittweises Vorgehen

(pafl) – Die Regierung hat sich grundsätzlich für die Errichtung eines Technischen Museums in Liechtenstein ausgesprochen und zu diesem Zweck bereits vor einiger Zeit eine Arbeitsgruppe eingesetzt. In ihrer Sitzung vom 21. April 1987 hat nun die Regierung den Bericht dieser Arbeitsgruppe zur Kenntnis genommen und dem darin vorgeschlagenen Vorgehen zugestimmt.

Die Arbeitsgruppe kommt in ihrem Bericht zum Schluss, dass die Errichtung eines Technischen Museums im Fürstentum Liechtenstein aus verschiedenen Gründen wünschenswert sei. Die Entwicklung von Industrie und Technik hat in den letzten Jahrzehnten im Leben des einzelnen, in der Gesellschaft und im Staat umwälzende Änderungen bewirkt und gleichzeitig die Basis des heutigen Wohlstandes mit sich gebracht. Die Ar-

beitsgruppe schlägt für die Realisierung eines Technischen Museums in Liechtenstein ein schrittweises Vorgehen vor.

In einer ersten Stufe soll ein Verein für ein Technisches Museum in Liechtenstein gegründet werden, in dem interessierte Institutionen und Personen vertreten sind. Zweck des Vereins soll es sein, die für ein Technisches Museum notwendige Sammlung von Gegenständen und Dokumenten sowie das Feinkonzept der Ausstellung in Angriff zu nehmen.

Nach Abschluss der Vorarbeiten soll dann die Regierung dem Verein für ein Technisches Museum in Liechtenstein eine gemeinsame Stiftung als Trägerin des zukünftigen Museums gründen.

Der Arbeitsgruppe «Technisches Museum in Liechtenstein» gehören Fürstlicher Rat Robert Allgäuer, Dr. Franz Beck, Josef Frommelt, Norbert Hasler, Norbert Jansen und Herbert Kindle an.

Der Dollarkurs brach ein

Tiefster Stand seit Herbst 1978

Zürich (AP) Der Kurs des amerikanischen Dollar ist am Freitag morgen am Zürcher Devisenhandel eingebrochen. Nach einem Vorabekurs von 1,4850 Franken kam die US-Währung über Nacht an den Märkten in Fernost stark unter Druck und eröffnete am Freitag in Zürich bei 1,4640 Franken. Dies ist der tiefste Dollarkurs seit September 1978. Als Grund für den Zerfall nannten Devisen-

händler die anhaltenden Handelsstörungen zwischen den USA und Japan. Parallel zum Rückgang des Dollarkurses zogen die Edelmetallpreise erneut deutlich an.

Vorübergehend war der Dollar in der Nacht auf Freitag an den Überseemärkten unter 1,4580 Franken gefallen, wenig über dem absoluten Tief vom 26. September 1978, als in Zürich ein Kurs von 1,4520 Franken verzeichnet worden war. Nach der schwachen Eröffnung lag die US-Valuta am Freitag vormittag in Zürich bei 1,4675 Franken.

PS-Emission der VPB Vaduz

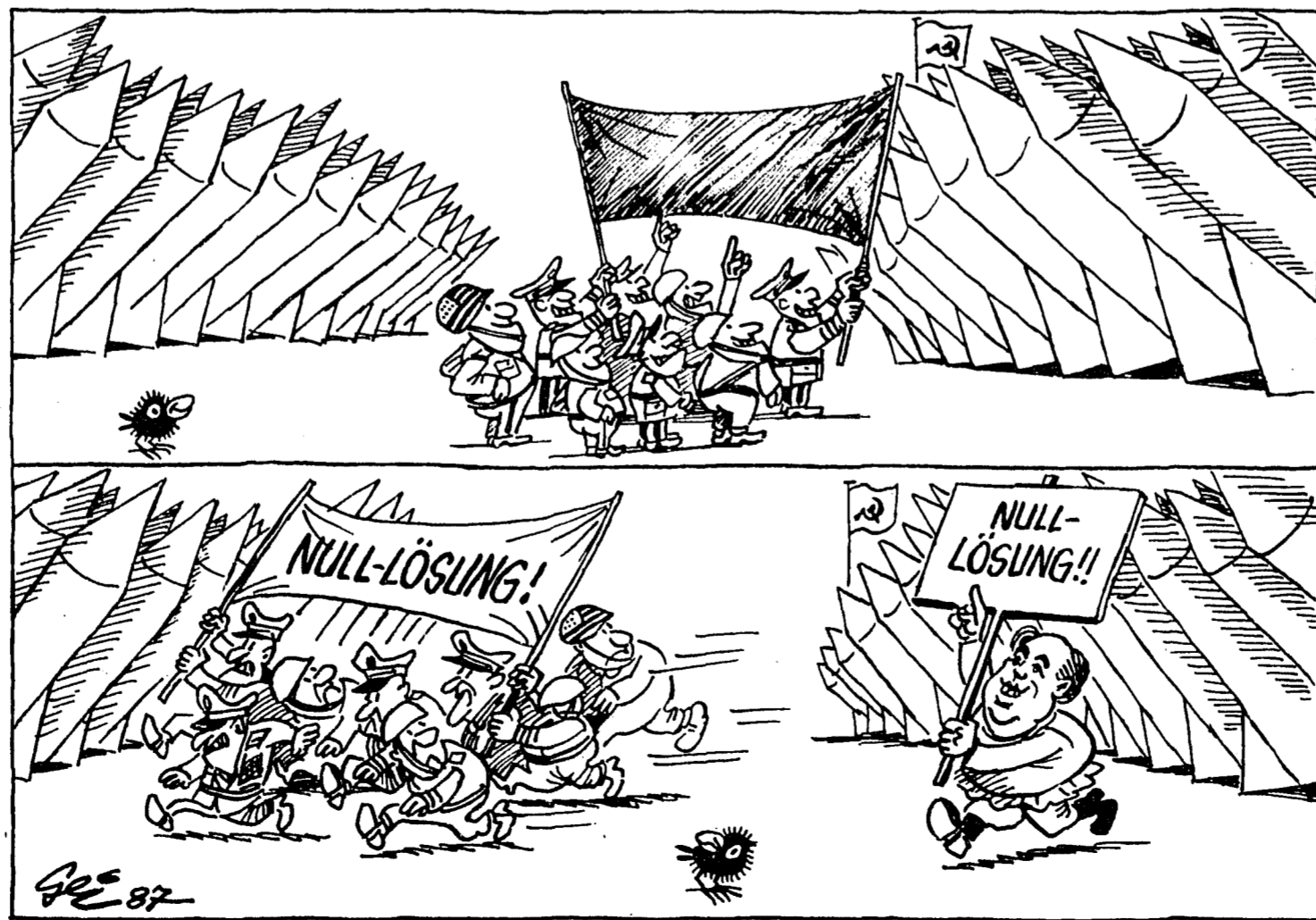
Die von der ordentlichen Generalversammlung der VPBank vom 18. März 1987 beschlossene Emission von 300 000 PS à nom. sFr. 50.– wurde von einem internationalen Bankensyndikat unter Leitung der Bank J. Vontobel & Co. AG, Zürich, fest übernommen und wird in drei Tranchen im Publikum plaziert:

Eine erste Tranche von 125 000 PS wird in der Zeit vom 4.–12. Mai 1987 den bisherigen Inhaberaktiären im Verhältnis 1:3 und den bisherigen Besitzern von Namenaktien und PS im Verhältnis 1:12 durch die Bank Vontobel und die Zürcher Kantonalbank zur Zeichnung angeboten. Der Bezugspreis wurde auf Fr. 360.– festgelegt.

Die zweite und dritte Tranche sind vom 7.–14. Mai 1987 in der Schweiz respektive in Deutschland zur freien Zeichnung bestimmt, wobei der Ausgabepreis am 7. Mai bekanntgegeben wird. Die Plazierung in Deutschland erfolgt durch die Deutsche Bank, Frankfurt, und die Bayerische Landesbank, München.

Die ab 1. Januar 1987 voll dividendenberechtigten Titel werden an den Börsen von Zürich, Genf und Basel gehandelt. Eine Einführung an den Börsen von Frankfurt und München ist vorgesehen.

(Wir verweisen auf unser Interview mit VPB-Generaldirektor Emil Heinz Batliner auf der Wirtschaftssseite dieser Ausgabe).



Die Abrüstungsgespräche um die «Null-Lösung» zwischen der NATO und der Sowjetunion oder die schnelle Umkehr.

(Copyright: Cosmopress)

Ausschreibung von sechs Polizeistellen

(pafl) – Die Regierung hat im Hinblick auf die vorgesehene Erhöhung des Mannschafbestandes des Sicherheitskorps die Ausschreibung von sechs Polizeistellen beschlossen. Die Ausschreibung soll Ende August erfolgen. Als Beginn der Ausbildung der Polizeianwärter ist der 1. Februar 1988 vorgesehen.

Die Ausbildung der angehenden Polizisten erfolgt wiederum an der Polizeischule Zürich. Die Bewerber werden gemäss bisheriger Praxis durch eine Prüfungskommission auf ihre Eignung geprüft. Dieser Kommission gehören neben Fachleuten aus Liechtenstein auch Experten der Kantonspolizei Zürich an.

Im Dezember 1986 hat der Landtag die Erhöhung des Mannschafbestandes des liechtensteinischen Sicherheitskorps auf 55 Personen bewilligt. Zur Zeit stehen 38 Polizisten beim Sicherheitskorps im Dienst. Nach der Personalplanung der Regierung soll der Mannschafbestand in drei Etappen bis 1990 auf 55 Polizisten aufgestockt werden.

Blick in die Wirtschaft

Unter dem Titel «Blick in die Wirtschaft» beginnen wir heute mit der Vorstellung von Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben in unserem Land. Als Auftakt wählten wir die Firma Censor, die nach der Übernahme durch einen amerikanischen Konzern nun Perkin-Elmer Censor heisst. Der Konzern feierte vor wenigen Tagen das fünfzigjährige Bestehen. Die Censor kann auf eine 40jährige Geschichte zurückblicken.